

Journal für Entwicklungspolitik VIII/4, 1992, S. 413 — 417

Brigitte Ederer

ENTWICKLUNG UND UMWELT — EINE ZENTRALE HERAUSFORDERUNG FÜR DIE ÖSTERREICHISCHE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT*

Ich darf zunächst sagen, daß der Schutz der natürlichen Umwelt und die umweltverträgliche Nutzung der Ressourcen schon in den letzten Jahren — neben der Armutsbekämpfung sowie der Förderung von Demokratie und Menschenrechten — zu den zentralen Zielsetzungen der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit gehört hat, wie man auch in den Dreijahresprogrammen nachlesen kann. Und ich glaube, daß man durchaus auch empirisch nachweisen kann, daß diese programmatischen Bekenntnisse sich zunehmend auch in der praktischen Projektpolitik niedergeschlagen haben.

Ohne Sie jetzt mit allzuvielen Zahlen verwirren zu wollen, möchte ich doch einige statistische Angaben über die bilaterale technische Hilfe im Jahr 1991 zitieren. Insgesamt wurden 419 Projekte durchgeführt, für die 1991 903 Millionen Schilling ausbezahlt wurden. 29 Projekte mit einer ausbezahlten Summe von 60 Millionen Schilling waren spezifische Umweltschutzprojekte. Dazu kommen weitere 39 Projekte, bei denen der Umweltschutz ein integrierender Bestandteil war, und für die 1991 über 107 Millionen Schilling ausbezahlt wurden. Zusammen waren dies also 68 umweltorientierte Entwicklungsprojekte mit einer gesamten Projektsomme von über 337 Millionen Schilling, von denen 1991 mehr als 167 Millionen Schilling ausbezahlt worden sind. Von den Projektauszahlungen des Jahres 1991 entfielen also fast 20 Prozent auf umweltbezogene Projekte. Es ist durchaus zu erwarten, daß sich dieser Anteil in den kommenden Jahren noch erhöhen wird. Wie Sie sicher wissen, hat Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky bei der UNCED in Rio zugesagt, daß Österreich in den kommenden drei Jahren zusätzlich 200 Millionen Schilling für Projekte zur Erhaltung der tropischen Regenwälder zur Verfügung stellen wird. Diese Mittel stellen nicht nur eine Verstärkung des Schwerpunkts „Umwelt und Entwicklung“ dar, sondern sie werden zu einem großen Teil für Vorhaben zur Unterstützung indigener Völker — und damit auch für die Verteidigung der Menschenrechte — verwendet werden.

Mit dem Thema „Entwicklung und Umwelt“ ist natürlich nicht in erster Linie die Zahl und die Qualität von Umweltprojekten in der Dritten Welt gemeint. Gerade die Weltkonferenz in Rio hat die Interdependenz zwischen Nord und Süd sowie zwischen den wirtschaftlichen, politischen, technologischen und ökologischen Problemen deutlich gemacht. Wie breit die Thematik ist, kommt ja auch in den Titeln der Arbeitsgruppen zum Ausdruck, die von der Abfallentsorgung über den Welthandel, die Verschuldung bis hin zu den globalen Kommunikationsstrukturen reichen. Ich

* Referat bei der 2. Gesamtösterreichischen Entwicklungskonferenz — Linz, 20. November 1992.

halte diesen Ansatz auch grundsätzlich für richtig, da Umwelt- und Entwicklungsprobleme weder national noch sektoriell isoliert gelöst werden können. Und schon gar nicht können sie gelöst werden, wenn man sie ausschließlich oder primär als *Entwicklungsländer-Probleme* betrachtet. In Wirklichkeit geht es um *globale* Herausforderungen, für die in erster Linie die reichen Länder Verantwortung tragen — und zwar sowohl aufgrund der historischen Entstehung der Probleme als auch aufgrund der aktuellen Problemlösungskapazität. Ich brauche vor diesem Forum nicht auf die Geschichte des Kolonialismus einzugehen, da Ihnen die Folgen des kolonialen Erbes für die heutige Situation der Dritten Welt bekannt und bewußt sind.

Im Zusammenhang mit unserem heutigen Thema ist es vor allem wichtig darauf hinzuweisen, daß Umweltzerstörung, Rohstoff- und Energieverschwendung nach wie vor zum überwiegenden Teil in den Industrieländern stattfinden. Daher müssen die entscheidenden Maßnahmen zur Verhinderung einer Klimakatastrophe oder einer weiteren Zerstörung der Ozonschicht in den Industrieländern ergriffen werden. Global gesehen wird das Ökosystem nämlich nicht in erster Linie in der Dritten Welt über Gebühr belastet, sondern in den reichen Ländern der Ersten Welt. Es muß daher zunächst um eine drastische Verminderung der Schadstoffemissionen, aber auch des Rohstoff- und Energieverbrauchs in den Industrieländern gehen. Ein solch grundlegender ökologischer Umbau der Industriegesellschaften muß jedoch sozial- und demokratieverträglich erfolgen. Und das bedeutet, daß legitime Interessen von Bevölkerungsgruppen — vor allem der sozial Schwächeren — berücksichtigt werden und daß für die notwendigen Entscheidungen ein möglichst breiter gesellschaftlicher Konsens gefunden wird. Eine solche Sozial- und Demokratieverträglichkeit ist sicher nur dann erreichbar, wenn der ökologische Umbau insgesamt zu keiner Verschlechterung der Lebensbedingungen führt, wobei Lebensbedingungen nicht nur im rein ökonomischen Sinn gemeint sind. Ich bin allerdings der Auffassung, daß Konzepte, die eine allgemeine und radikale Verminderung von Wohlstand oder Lebensstandard anstreben, nicht sozial- und demokratieverträglich sind und deshalb auch kein politisches Ziel sein können — zumindest nicht für Regierungen oder Parteien, die ihre Ziele im Rahmen eines parlamentarisch-demokratischen Systems verwirklichen wollen.

In den späten 80er Jahren schieden die zwei vorherrschenden Wirtschaftsmodelle des 20. Jahrhunderts endgültig aus der gesellschaftspolitischen Diskussion aus. Die zentralistische Planwirtschaft erwies sich als kollektives Verelendungsmodell, ganz abgesehen von den realpolitischen Schrecken, die es mit sich brachte. Die „reine Marktwirtschaft“, wie sie von Thatcher und Reagan gepredigt wurde, erwies sich als Instrument einer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung, das ein Drittel der Gesellschaft von den Erfolgen der Gesamtheit ausschloß. Für die entwicklungspolitische Dimension boten beide Modelle keine Perspektive.

Ich sehe daher die einzige realistische Alternative in zusätzlichen und effektiven gesellschaftlichen Steuerungsmechanismen im Rahmen einer sozialen Marktwirtschaft, durch die neue wissenschaftliche und technische Innovationsschübe in Richtung Umweltschonung, Energie- und Rohstoffeinsparung sowie neuer tragfähiger — und das heißt verallgemeinerbarer, umwelt- und sozialverträglicher — ökonomischer Wachstumsmodelle ausgelöst werden.

Meiner Meinung nach werden in der öffentlichen Diskussion über „Umwelt und Entwicklung“ häufig falsche Alternativen aufgestellt. Für mich ist die Fetischisierung

des Wirtschaftswachstums ebenso falsch wie dessen Verteufelung. Dasselbe gilt auch für die Gegenüberstellung von „hochentwickelten“ und „einfachen“ Technologien. In Wirklichkeit geht es darum, welche Ziele mit Wirtschaftswachstum erreicht werden sollen und zu welchem Zweck Technologien entwickelt und eingesetzt werden. Für mich ist die Alternative zu einem blinden Fortschrittsglauben nicht der wirtschaftliche und gesellschaftliche Rückschritt, sondern ein human, sozial und ökologisch geprägter Fortschritt, der aber ohne Wachstum und ohne neue Technologien nicht erreicht werden kann.

Wenn ich hier die These vertrete, daß ein ökologischer, sozial und demokratieverträglicher Umbau der Industriegesellschaften die primäre Aufgabe darstellt, so heißt das nicht, daß es bis zur Erreichung dieses Ziels keine direkte Verantwortung gegenüber der Dritten Welt gibt. Im Gegenteil: Wir sehen heute deutlicher denn je, daß die dringendsten Probleme unserer eigenen Gesellschaften gleichzeitig eine globale Dimension haben. Das gilt für die Umwelt ebenso wie für die Migrationsströme, für die ökonomische Stabilität, wie für die Fragen des Friedens. In diesem Sinne sind Prozesse der Ausgrenzung der Dritten Welt, wie wir sie allerdings an Hand statistischer Fakten tendenziell beobachten können, nicht nur inhuman, sondern zugleich längerfristig auch für uns selbst gefährlich. Denn extreme Ungleichheit und Ungerechtigkeit innerhalb und zwischen den Nationen ist die Hauptursache für Konflikte und Kriege, für Umweltzerstörung, Flüchtlings- und Migrationsströme, aber auch für extreme Formen des Nationalismus und religiösen Fundamentalismus.

Gerechtere internationale Beziehungen — vor allem im wirtschaftlichen Bereich — sind daher längerfristig auch eine Voraussetzung für die ökonomische, soziale und politische Stabilität in den Industrieländern selbst sowie für die Sicherung des internationalen Friedens und des globalen Ökosystems. Gerechtere internationale Beziehungen bedeuten in bezug auf die Dritte Welt zunächst einmal, daß die wichtigsten externen Entwicklungshindernisse beseitigt werden. Ich möchte hier nur stichwortartig die Probleme der Auslandsverschuldung, der Verschlechterung der *terms of trade* sowie der Handelshemmnisse gegenüber der Dritten Welt nennen. Darüberhinaus geht es um die Schaffung fairer Rahmenbedingungen, die den Ländern der Dritten Welt eigenständige und tragfähige Entwicklungschancen innerhalb des internationalen Systems einräumen, etwa in den Bereichen des Welthandels, des Zugangs zu Kapital und Technologie oder der Kommunikation. Aufgrund der andauernden Benachteiligung der Dritten Welt bedeutet der Begriff „faire Rahmenbedingungen“ aber auch, daß diese Benachteiligungen durch gezielte Unterstützung und Förderung überwunden werden müssen. Ähnlich wie im innerstaatlichen Bereich kann Gleichheit für Gruppen, die über eine lange Zeit diskriminiert wurden, nur dadurch hergestellt werden, daß zunächst eine „umgekehrte Diskriminierung“, das heißt, eine bewußte Bevorzugung und Förderung der Benachteiligten eingeführt wird.

In bezug auf das Thema „Entwicklung und Umwelt“ bedeutet das, daß die Industrieländer eine ökologisch orientierte Entwicklung aktiv unterstützen müssen, etwa durch den kostenlosen Transfer umweltrelevanter Technologien, die begünstigte Zurverfügungstellung von Kapital für Investitionen in den Umweltschutz bzw. für *umweltschonende* Produktionen oder auch durch Kompensationszahlungen für den Verzicht auf *umweltschädigende* Produktionen. Ich halte in diesem Bereich das

Förderungsprinzip für richtiger als gegenüber Entwicklungsländern diskriminierende Maßnahmen oder Handelshemmnisse einzuführen, um sie auf diese Weise zu umweltgerechtem Wirtschaften zu bewegen. Nachdem wir bei unserer Entwicklung in der Geschichte und auch heute noch so wenig Rücksicht auf die Umwelt und die nicht erneuerbaren natürlichen Ressourcen genommen haben und nehmen, halte ich es eigentlich für problematisch, wenn wir nun Gesellschaften, die viel ärmer sind, Auflagen für deren Umgang mit ihren Ressourcen und mit der Umwelt erteilen und diese Auflagen dann mit Mitteln wirtschaftlicher Diskriminierung durchsetzen wollen. Auch wenn solche Maßnahmen aus ökologischer Sicht durchaus sinnvoll sein mögen, so erwecken sie in der Dritten Welt manchmal den Eindruck einer neuen Form des Neokolonialismus. Dies umso mehr, wenn sie einseitig und nur gegenüber Entwicklungsländern eingeführt werden. Ich meine daher, daß wir gegenüber der Dritten Welt eher auf Umweltdialog und auf konkrete Unterstützungsmaßnahmen setzen sollten als auf Handelsrestriktionen.

Auf einen Aspekt, den ich bisher noch nicht genannt habe, möchte ich noch besonders hinweisen: Eine der wichtigsten Ursachen für die Umweltzerstörung in der Dritten Welt ist die Armut. Deshalb sind Strategien zur Armutsbekämpfung — sowohl im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit wie auch der wirtschaftspolitischen Programme — nicht nur ein zentrales soziales und humanes Ziel, sondern sie sind auch im Hinblick auf die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen von entscheidender Bedeutung. Ich meine, daß auf dieses zentrale Problem gerade im Zusammenhang mit den Strukturanpassungsprogrammen immer wieder mit Nachdruck hingewiesen werden muß.

Ich nähere mich damit schon dem Ende meiner Ausführungen und möchte nochmals betonen, daß das Thema „Entwicklung und Umwelt“ nicht nur eine zentrale Bedeutung im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit haben muß, sondern eine wesentliche Dimension der Nord-Süd-Beziehungen und der globalen Interdependenz darstellt. Insofern sind dadurch praktisch alle Bereiche der internationalen Beziehungen, aber ebenso die verschiedenen nationalen Politikbereiche herausgefordert. Es geht also nicht nur um die Verbindung und Verknüpfung von Entwicklungspolitik und Umweltpolitik als zwei isolierte Spezialgebiete, sondern um eine Gesamtstrategie im Rahmen einer „globalen Überlebenspolitik“.

Für Österreich bedeutet dies einerseits die Verstärkung einer ökologisch orientierten Politik nach innen — und zwar von der Wirtschafts- über die Steuer-, Verkehrs- und Landwirtschaftspolitik bis hin zur Umweltpolitik im engeren Sinn — und andererseits eine Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit, und zwar sowohl im europäischen Raum wie auch gegenüber der Dritten Welt. In diesem größeren Rahmen kommt dann auch der Entwicklungszusammenarbeit ein zwar begrenzter, dennoch aber nicht unbedeutender Stellenwert zu. Und ich meine, daß wir hier mit unseren Schwerpunktsetzungen durchaus auf einem richtigen Weg sind. Allerdings, und das gestehe ich offen ein, haben wir gerade auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit nach wie vor einen quantitativen und qualitativen Nachholbedarf. Die Tatsache, daß gegenwärtig durch wirtschaftliche und budgetäre Probleme im Inneren und durch die neuen Herausforderungen im östlichen Teil Europas die Handlungsspielräume sehr eingeschränkt sind, kann zwar nicht einfach übergangen werden, darf uns aber trotzdem nicht daran hindern, immer wieder Österreichs

Solidaritätsverpflichtungen gegenüber der Dritten Welt zur Sprache zu bringen und auch einzumahnen.

In diesem Sinne hoffe ich, daß auch die 2. Gesamtösterreichische Entwicklungskonferenz ein deutliches Signal gegenüber der Öffentlichkeit und gegenüber den politischen Entscheidungsträgern setzen wird. Vor allem erwarte ich mir von dieser Konferenz Impulse für einen verstärkten gesellschaftlichen Dialog, durch den der Stellenwert internationaler Fragen im allgemeinen und der Nord-Süd-Beziehungen im besonderen erhöht wird. Dies wäre auch ein Beitrag dazu, den in Europa sich ausbreitenden Tendenzen zu Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit und geistigem Provinzialismus entgegenzuwirken. Ich meine, daß ein solcher gesellschaftlicher Dialog über entscheidende Menschheitsfragen auch dem gesellschaftspolitischen Klima und der politischen Kultur in Österreich gut täte.

Brigitte Ederer, Bundeskanzleramt, Ballhausplatz 2, A-1010 Wien

